

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Druck- und Verlagsanstalt: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Wg., die Kelleraufgabe 45 Wg. **Verkauft wöchentl. 8 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 M., die Einzelnummer kostet 10 Wg.** Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatzung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 163

Altensteig, Donnerstag den 15. Juli 1931

54. Jahrgang

Die Kabinettsberatungen beendet - Vier neue Notverordnungen

Reichsbankdiskont 10 Prozent — Ruhe und Zuversicht in Berlin

Berlin, 15. Juli. Die Beratungen des Reichskabinetts zur Sicherung der Wirtschaft wurden um 21 Uhr abgeschlossen. Das Kabinett verabschiedete eine Notverordnung, in der vier Einzelfragen besonders geregelt sind. Der erste Punkt betrifft die Regelung des Devisenverkehrs, der zweite die Veröffentlichung von Kursen, der dritte enthält Uebergangsbestimmungen für den Bankverkehr nach den Bankfeiertagen; der vierte Punkt stellt eine Zusatzverordnung zur Danat-Notverordnung dar.

Verordnung über Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs

Verordnung des Reichspräsidenten über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen, den Verkehr mit Devisen und über Kursveröffentlichungen vom 15. Juli 1931

Berlin, 15. Juli. Aufgrund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1 Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen zu regeln. Sie kann Maßnahmen zum Schutz gegen die Folgen der Erklärung von Bankfeiertagen und der Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs treffen.

§ 2 Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften 1. über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung in Anlehnung an die Devisenverordnung vom 8. November 1924 (Reichsgesetzblatt I, Seite 730), 2. über die Veröffentlichung von Kursen und Wertpapieren und Metallen zu erlassen.

§ 3 Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1931 in Kraft. Berlin, den 15. Juli 1931. Reichspräsident (gez.) v. Hindenburg.

Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen

vom 15. Juli 1931

Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1 In öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, dürfen Angaben, die sich auf Preise beziehen, zu denen ausländische Zahlungsmittel, die Reichsmark und Wertpapiere gehandelt, angeboten oder gekauft worden sind, oder sein sollen, nicht gemacht werden, es sei denn, daß es sich um amtlich festgestellte Kurse einer Börse handelt. Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen.

§ 2 Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend für Termingeschäfte in Kupfer, Zinn, Zinn und Blei.

§ 3 Wer den Vorschriften des § 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4 Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1931 in Kraft. Berlin, den 15. Juli 1931. Reichsminister (gez.) Dr. Brüning.

Die Devisenverordnung

Berlin, 15. Juli. Die heute erlassene Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln besagt in

§ 1 daß solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel nur von der Reichsbank oder durch ihre Vermittlung abgegeben werden dürfen. Die Reichsbank kann die Befugnis zum An- oder Verkauf anderen Kreditinstituten verleihen und Ausnahmen zulassen.

§ 2 bestimmt, daß Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder Edelmetall gegen inländische Zahlungsmittel verboten sind.

§ 3 besagt, daß Auszahlungen, Anweisungen in Schecks und Wechseln auch als Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung gelten, daß Forderungen in ausländischer Währung solche sind, bei denen der Gläubiger Anspruch auf Zahlung in effektiver Fremdwährung hat, dagegen nicht ausländische Wertpapiere.

§ 4 verfügt, daß der Handel mit ausländischen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem festbekannten amtlichen Berliner Wechselkurs erfolgen darf.

§ 5 regelt die Handhabung der Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen im Falle schwebender oder nicht erfolgter amtlicher Notierungen in Berlin sinngemäß.

§ 6 bezeichnet Geschäfte, die gegen die § 2, 4 oder 5 verstoßen, als nichtig, sofern der Sachverhalt den Geschäftsabschließenden bekannt war.

§ 7 befreit die mit der Reichsbank oder der Golddiskontbank abgeschlossenen Geschäfte von den entsprechenden Vorschriften.

§ 8 bestimmt, daß nur die amtlichen Berliner Notierungen, bezw. Preise als Inlandskurse ausländischer Zahlungsmittel veröffentlicht werden dürfen.

§ 9 erteilt dem Reichswirtschaftsminister oder Beauftragten die Ermächtigung, von jedermann Auskunft über alle Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung, besonders auch Vorlage von Büchern und Belegen zu fordern, und eidesstattliche Versicherungen zu verlangen.

§ 10 enthält die Strafbestimmungen, die Gefängnis und Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der in Frage kommenden ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen pp. vorsehen für Kauf und Verkauf oder Vermittlung widerrechtlicher Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen über den Abschluß in Termingeschäften. Auch vorsätzliche Aufforderung zu strafbaren Handlungen wird bestraft; Einziehung der betreffenden Devisen kann erfolgen, ebenso ist u. a. Vermögensbeschlagnahme gegen den Angeklagten zulässig.

§ 11 stellt auch die Veröffentlichung von Kursen widerrechtlicher Natur unter Strafe. Die weiteren drei Paragraphen betreffen die Durchführung der Verordnung, die am 16. d. M. in Kraft tritt.

Weitere Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs

Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1 1. Nach Ablauf der für den 14. und 15. Juli 1931 erklärten Bankfeiertage ist ein Zahlungsverkehr nach den folgenden Bestimmungen aufzunehmen.

2. Die von den Bankfeiertagen betroffenen Institute mit Ausnahme der Privatbankendanken und der Deutschen Golddiskontbank dürfen Barauszahlungen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 18. Juli 1931 nur leisten, soweit der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich benötigt zur Zahlung

- a) Löhnen, Gehältern, Ruhegehältern, Versorgungsgehaltnissen und ähnlichen Bezügen,
- b) Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen und Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (Fürsorge),
- c) Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und wiederkehrende Leistungen an Versicherte aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungsverhältnissen,
- d) Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, soweit nicht bargeldlose Entrichtung möglich ist.

3. Die Vorschrift des Absatzes 2 gilt entsprechend für den Ueberweisungsverkehr. Ueberweisungen sind jedoch unbegrenzt zulässig.

- a) soweit sie erforderlich sind, um die in Absatz 2 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen,
 - b) soweit sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen,
 - c) soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden,
 - d) soweit Leistungen an einen Versicherungsnehmer zur Erfüllung seiner Beitragspflicht bewirkt werden.
4. Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen. Ueber Guthaben, die aus Barauszahlungen in Reichsmark nach dem 15. Juli 1931 entstanden sind, kann frei verfügt werden.

§ 2 Inwieweit die Institute nach der Vorschrift des § 1 Barauszahlungen und Ueberweisungen nicht vornehmen dürfen, gelten die Vorschriften des § 1 Absatz 2 der Durchführungsverordnung vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 381) und des Artikels 2 der Zweiten Durchführungsverordnung vom 14. Juli 1931 auch für den 16., 17. und 18. Juli 1931. Diese Tage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

§ 3 Wird ein Schuldner durch die Erklärung von Bankfeiertagen oder die zur Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs getroffenen Maßnahmen ohne sein Verschulden verhindert, eine Zahlungsverbindlichkeit zu erfüllen, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetreten sind, oder eintreten können, als nicht eingetreten. Die auf Gesetz oder Vertrag beruhende Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen wird hierdurch nicht berührt. Der Schuldner kann sich auf die Vorschrift des Satz 1 nicht berufen, wenn er es unterläßt, die Verbindlichkeit unzugänglich nach Bezeigung des Hindernisses zu erfüllen.

§ 4 Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1931 in Kraft. Berlin, den 15. Juli 1931. Reichsminister (gez.) Dr. Brüning.

Reichsbankdiskont 10 Prozent

Berlin, 15. Juli. Die Reichsbank erhöht ab morgen den Diskont von 7 auf 10 Prozent, den Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent.

Die Gründe der Diskonterhöhung der Reichsbank Mit dem heutigen Tage ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40 Prozent gesunken. Die erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontfußes zu warten, bis die in § 29 des Bankgesetzes angeordneten Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Voraussetzung dieser Verpflichtung bereits heute mit Wirkung vom 16. Juli d. J. ab den Diskontfuß auf 10 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardfuß auf 15 Prozent festgesetzt worden.

Bejorgnisse in Amerika

London, 16. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet: Die amerikanischen Finanzkreise sind nervös und ängstlich mit Rücksicht auf das Risiko, das mit der Gewährung umfangreicher Kredite an Deutschland verbunden wäre. Obwohl es sich in erster Linie um eine Bankfrage handelt, wird die Haltung der Bundesreservebank und der anderen Banken in sehr erheblichem, vielleicht in entscheidendem Maße von der Unsicherheit bezüglich der politischen Haltung der französischen Regierung und der französischen Finanz bestimmt. In hiesigen amtlichen und nichtamtlichen Finanzkreisen herrscht die entschiedene Befürchtung, daß wenn die Franzosen abseits stehen, oder auch nur „finanzielle Neutralität“ wahren, das unvermeidliche Risiko einer Kreditgewährung an Deutschland sehr ernst veranschaulicht werden würde. Denn es entstände dann die Gefahr ständiger finanzieller Anriffe aus Paris auf Berlin, London und andere finanzielle Mittelpunkte, die in der Zurückziehung kurzfristiger Kredite sich zeigen und den Zweck haben würden, einen politischen Druck auszuüben. Die amerikanischen Finanzleute und auch das amerikanische Staatsdepartement sind über die Hartnäckigkeit, mit der diese Politik der letzten Wochen durchgeführt worden ist, sehr erregt.

Die Erinnerung an den Anriff auf die Oesterreichische Kreditanstalt und an den finanziellen Druck, der darauf auf Oesterreich ausgeübt wurde, um es zum Verzicht auf die Zollgemeinschaft zu zwingen — ein Druck, von dem Oesterreich durch das



Eingereisen der Bank von England vorerziet wurde —, ist dies noch sehr lebendig. Man macht sich klar, daß Frankreich, wenn es einen politischen Grund dafür hat, nicht nur sehr viel tun kann, um die Aussichten eines Kredits von Deutschland zu vernichten, sondern auch sehr ernst den Druck auf London und vielleicht sogar auf New York ausüben kann, wo die französischen karsinistischen Kredite schrittweise auf 250 bis 500 Millionen Dollar sich belaufen. Aus diesem Grunde sprachen am Montag einige hochgestellte Kreditbeamte sehr nachdrücklich die erste Hoffnung aus, daß Frankreich und Deutschland Schritte tun werden, um baldmöglichst eine politische Annäherung herzustellen. Man ist hier der Meinung, daß ein Bankkredit Deutschland wohl über die gegenwärtige Krise hinweghelfen könnte, doch aber keine dauernde Sicherheit erreicht werden könnte, bevor eine solche Annäherung eingetreten sei.

Ausfuhrüberschuß im Juni

Der deutsche Außenhandel im Juni

Berlin, 15. Juli. Die Einfuhr im Juni betrug 807 (im Mai 888) Millionen RM. Die Zunahme entfällt überwiegend auf die Einfuhr von Rohstoffen und zu einem geringen Teil auf die Einfuhr von Fertigwaren. Die Ausfuhr stellt sich im Juni auf 713 (Mai 747) Millionen RM, wozu noch die Reparationslieferungen im Werte von 33 (37) Millionen RM kommen. Der Rückgang der Ausfuhr um 37 Millionen RM, darunter 26 Millionen RM bei den Fertigwaren, beruht überwiegend auf dem weiteren Absinken des durchschnittlichen Preisniveaus, das gegenüber dem Vormonat um 3 Prozent gefallen ist. Die Handelsbilanz für Juni schließt also mit einem Ausfuhrüberschuß von 106 Millionen RM, und einschließlich der Reparationslieferungen mit einem solchen von 139 Millionen RM ab. Für den Zeitraum Januar bis Juni 1931 ergibt sich bei 3700 Millionen RM tatsächlicher Einfuhr und 4518 Millionen RM Ausfuhr ein Aktivasaldo von 818 Millionen RM; unter Einrechnung der Reparationslieferungen von 250 Millionen RM beträgt der Ausfuhrüberschuß 1068 Millionen RM.

Neues vom Tage

1/2-tägige Unterredung Henderson-Stimson

Paris, 15. Juli. Der englische Staatssekretär Henderson hatte, wie vorausgemeldet, am späten Nachmittag auf der amerikanischen Botschaft mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson eine Unterredung, die 1/2 Stunden dauerte.

Abreise der französischen Sachverständigen nach London
Paris, 15. Juli. Die französischen Sachverständigen zur Konferenz über die technische Durchführung des Hooverplans werden am Donnerstag nachmittag nach London abreisen.

Vorsicht bei Auslandsreisen

Berlin, 14. Juli. Wie der Frankfurter Zeitung aus dem Ausland berichtet wird, werden an den ausländischen Bankhäusern und Wechselstuben Marknoten nicht in Devisen oder fremde Geldsorten eingewechselt, solange die Mark nicht notiert wird. Daraus folgt, daß man bei Auslandsreisen vorsichtig sein muß, da die meisten Reisenden nicht in der Lage sein werden, sich vorher mit genügenden Devisenbeständen auszustatten.

Stimson in Paris eingetroffen

Paris, 15. Juli. Staatssekretär Stimson ist 14.40 Uhr von Rom kommend in Paris eingetroffen. Er wurde vom amerikanischen Botschafter und einem Vertreter Briand's empfangen. Stimson wird um 17 Uhr mit Briand konferieren und alsdann eine Begegnung mit Henderson haben. Staatssekretär und Frau Stimson reisen am nächsten Dienstag nachmittags nach Berlin ab.

Die Verhandlungen zwischen Stimson und Briand

Paris, 15. Juli. Im Anschluß an das Frühstück, das Außenminister Briand Staatssekretär Henderson zu Ehren gab, fand eine Besprechung statt, die bis 16 Uhr dauerte. Hierüber wurde eine Kommunikation ausgegeben, in dem es u. a. heißt: Im Verlaufe des Meinungsaustausches wurden sämtliche Probleme durchgesprochen und namentlich die Fragen behandelt, die durch die deutsche Krise aufgeworfen werden. Der Meinungsaustausch ist, wie es im Komunique heißt, durchaus harmonisch verlaufen.

Bestellung eines zweiten Treuhänders für die Danabank

Berlin, 15. Juli. Die Reichsregierung hat gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darlehensbank und Nationalbank den Reichsbankdirektor Schippel in Hamburg zum zweiten Treuhänder für die Darlehensbank und Nationalbank bestellt.

Die Vertreter Italiens nach dem Haag abgereist

Rom, 15. Juli. Senator Anton Scialoja ist heute in Begleitung von Legationssekretär Vitelli nach dem Haag abgereist, um Italien bei der am 20. Juli stattfindenden Beratung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes über die juristische Seite des deutschen Zollunionplanes zu vertreten. Außerdem wird Italien durch Elvetti, den Vorsitzenden des Appellationsgerichtshofes, vertreten sein.

Der ungarische Dyanflug

Harbor-Grace, 15. Juli. Die beiden ungarischen Atlantikflieger sind heute mit ihrer Maschine „Justice for Hungary“ um 1.48 Uhr östlicher Zeit zum Fluge nach Budapest gestartet.

Zus fährt neues Auto — Bier Tote

Wexlar, 15. Juli. Ein furchtbares Autounfall hat sich Mittwochsabend in dem benachbarten Ort Burgolms ereignet. Das Auto des Bauunternehmers Demmer aus Pöhlitzstein, das mit fünf Personen besetzt war, wurde an einem ungeschützten Bahndamm von einem nach Wexlar fahrenden Güterzug erfasst, 150 Meter weit bis an eine über den Solmsbach führende Eisenbahnbrücke mitgeschleift und vollkommen zertrümmert. Der Bauunternehmer, seine Frau und zwei erwachsene Töchter wurden an Tode sequestert und eine weitere Tochter so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen zweifelhaft wird. Landwirte, die auf dem Felde arbeiteten, versuchten, durch Felsenschieben das Zugpersonal zu verständigen, doch war es nicht mehr möglich, den Zug zum Stehen zu bringen.

Rennen freiesprochen

Berlin, 15. Juli. In dem Prozeß gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen verurteilte das Schöffengericht Berlin-Ritte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Dersfeld folgendes Urteil: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Freispruch des Angeklagten erfolgte mangels Beweises.

Aus Stadt und Land

Montag, den 16. Juli 1931.

Kirchenbezirksrat. Gestern trat im Vereinshaus in Nagold der Kirchenbezirksrat zusammen. Außer den Pfarrern des Bezirks und den neugewählten Vertretern der evangel. Kirchengemeinden waren Landrat Baitinger, Schulrat Knäbler und andere Gäste zu der Tagung erschienen. Nach der einleitenden Predigt von Pfarrer Dr. Härung aus Hochdorf, der im Licht von Psalm 46 der Kirche Trost und Aufgabe in dieser schweren Zeit vor Augen stellte, begrüßte der Vorsitzende, Stefan Otto, die Versammelten und gab dann einen reichhaltigen Jahresbericht über den Stand des kirchlichen Lebens im diesigen Bezirk. In der Besetzung der Pfarreien war ein starker Wechsel. 4 Pfarren (von Altensteig-Dorf, Walldorf, Hart und Hutterbach) haben den Bezirk verlassen, 4 Pfarrestellen (in Grömbach, Wildberg, Altensteig-Dorf und Walldorf) wurden neu besetzt. Im ganzen zeigt das kirchliche Leben ein erfreuliches Bild, trotz der vorhandenen Schattenseiten und Gefahren. Der Abendmahlsbesuch ist ein wenig zurückgegangen. Das Kirchenopfer hielt sich trotz der rückläufigen Bewegung im Geschäftsleben auf derselben Höhe wie im Vorjahr und betrug 1.64 Mark auf den Kopf (im Landesdurchschnitt 1.22 Mark). Was die Kirchenbesucher mit ihrem freiwilligen Opfer aufbringen, ist annähernd die Hälfte des kirchlichen Bedarfs und fast so viel wie der umgelegte Betrag der Ortskirchensteuer. Liebertritte zur evang. Kirche waren es 6, Austritte 16. Der Evang. Volksbund hat 12 Ortsgruppen im Bezirk mit etwas mehr als 1500 Mitgliedern. Auf landeskirchlichem Boden stehende Gemeinschaften gibt es 57, die zusammen etwa 2000 Besucher zählen. Der kirchliche Zusammenhalt im Bezirk zeigt sich in erfreulicher Weise bei dem Sonntagsoffer zu Gunsten der weiterbedürftigten Bezirksgemeinden, das 1400 Mk. ergab. Bei den kirchlichen Wahlen haben 34 Prozent der Kirchengenossen abgestimmt gegenüber 45 Prozent bei der Kirchenwahl vor sechs Jahren. Der Landeskirchentag konnte vorher noch das neue Kirchengebetbuch fertig stellen, das am ersten Advent des Jahres in Gebrauch genommen werden soll. Immer wieder trat in dem Jahresbericht der Ernst der Zeit hervor. Geburtenrückgang und Sturmsturz gegen den 8. 218 sind üble Zeichen. Die Not unseres Volkes ist auch die Not der Kirche. Eines vom Wichtigsten ist, daß wir in der Kirche gegenseitiges Verständnis der einen für die Not und Sorge der andern aufbringen und betätigen. Die sich anschließende Aussprache brachte noch manches ernste Wort. Unser neugewählter Abgeordneter zum Landeskirchentag, Inspektor Bauer, sprach seinen Dank für das ihm entgegengebrachte Vertrauen aus und gab einen verständnisvollen Bericht über den Zulassungstritt des neuen Landeskirchentags. In den Kirchenbezirksauschüssen wurden als ordentliche Mitglieder unter dem Vorsitz des Herrn Stefan Pfarrer Frauer von Esringen und Kaufmann Wadereit von Altensteig gewählt. Als Vertreter der äußeren Mission im Kirchenbezirksrat wurde Missionar Göhring von Jammeller zugewählt. Den Abschluß der Tagung bildete ein lehrreicher Vortrag von Dipl.-Landwirt Schaeffer von der evang. Bauernschule Gerach bei Eslingen über die Frage: Kann uns die Oststellung ein Weg aus der heutigen Not sein? Wir sind ein Volk ohne Raum geworden. Namentlich im Süden und Westen unseres Vaterlandes wohnt die Bevölkerung dicht gedrängt. Dagegen ist im Osten ein großer, freier Raum, wo sich tüchtige Jungbauern, auch Arbeitslose, die mit Ernst den Rückweg auf das Land suchen, unter günstigen Bedingungen ansiedeln können. In Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Schlesien gibt es geeignetes Land in Menge, das sehr noch billig ist. Zur Vermittlung ist der ev. Siedlungsdienst bereit, der auch kostenlos Auskünfte gibt. Eben in diesen Tagen sind einige Siedler aus unserer Gegend dorthin ausgezogen. Mancher wird sich's vielleicht überlegen.

Antliches. Die Ministerialverwaltung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wahl des Bürgermeistersamtverweisers (früheren Obersekretärs in Stuttgart) Otto Hahn in Höfen an der Enz, Oberamt Neuenbürg, zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde bestätigt.

Berneck, 15. Juli. (Motorradzusammenstoß.) Gestern nachmittag kurz nach 1 Uhr trafen an der Wegkreuzung Berneck-Bahnhof und Altensteig zwei Motorradfahrer zusammen. Der Terrazzoohleifer Hermann von Wildberg, 33. am Schulhausneubau hier beschäftigt, kam mit seinem Motorrad von Altensteig her. Ein Pforzheimer Motorradfahrer mit Sozius fuhr von Berneck in Richtung Bahnhof Berneck. An obengenannter Wegkreuzung fuhren nun beide ineinander. Hermann wurde vom Rad geworfen und erlitt neben einem Oberleiberbruch noch außerdem sonstige Verletzungen, so daß er von einem Altensteiger Auto zum Arzt gefahren werden mußte. Sein Motorrad war vollständig demoliert. Die Pforzheimer Fahrer kamen mit leichteren Schürfwunden und Verstauchungen davon. Ihr Motorrad hat aber auch schwer gelitten. Die Schuld dürfte in erster Linie an der unübersichtlichen Wegkreuzung liegen.

Berneck, 16. Juli. (Fremdenverkehr.) Auch in diesem Jahr beweist unser Städtchen wieder seine alte Anziehungskraft. Wenn man die Berichte von anderen Orten hört, die teilweise über schlechten Besuch klagen, so kann man hier sehr zufrieden sein. Ein Beweis aber auch, daß die Bernecker Gasthofbesitzer alles aufbieten, um den Fremden den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Viel trägt aber auch die wirklich schöne Lage unseres Städtchens dazu bei, und zuguterletzt das herrliche Schwimmbad des Gasthofes zum „Waldhorn“. Die Gäste des „Waldhorn“ veranstalteten gestern abend zu ihrem eigenen Plaisir einen bunten Abend. Bei Musik, Gesang, humoristischen Vorträgen, Wurstknappen und sonstigem Hallotrio war da ein lustiges Böllchen im Saale beieinander.

Nagold, 15. Juli. An Arbeiten für den Postneubau Nagold wurden bis jetzt vergeben: 1. Erd-, Beton-, Maurerarbeiten, Kaupp und Henker und Genossen, Nagold; 2. Eisenbetonarbeiten, Koch und Mayer, Heilbronn; 3. Eisenkonstruktion, W. Conrad, Stuttgart; 4. Schmiedearbeiten, J. Theurer, Nagold; 5. Zimmerarbeiten, Brädele u. Frey, Nagold; 6. Dachdeckerarbeiten, H. Weber, Oberzellheim bei Stuttgart; 7. Sandsteinlieferung, A. Götsche und G. u. F. Walz, Hochdorf; 8. Gips- und Kunststeinlieferung, Christ, Brenner, Nagold.

Pfalzgrafenweiler, 15. Juli. (Bezirks-Kriegsopfertag.) Am Sonntag, den 19. Juli, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Pfalzgrafenweiler seinen diesjährigen Bezirks-Kriegsopfertag. Die

Musikkapelle Pfalzgrafenweiler hat ihre Mitwirkung zugesagt. Mittags 1/2 Uhr wird vom Gasthaus zum „Hirsch“ geschlossen zum Kriegerdenkmal (Friedhof) marschiert, wo unserer gefallenen Kameraden in weidlicher Stunde ehrend gedacht wird. Anschließend wird im Gasthaus zum „Hirsch“ der erste Gauleiter, Kamerad Bojuna-Stuttgart, einen Vortrag halten.

Javelstein, 15. Juli. (Gaufest des Jugendbundes für Entschiedenes Christentum.) Ein Tag mit strahlendem Sonnenschein lag über dem Gaufest des Jugendbundes für Entschiedenes Christentum. Kein Wunder, daß der Besuch aus den etwa 70 Ortsgruppen des Schwarzwaldbundes ein so lebhafter war. Morgens 7 Uhr lagen schon die CC-Bläser vom Schloßturm herab ihre schönen Lieder über unsere Hügel, grünen Täler erklingen. Um 8 Uhr war die Morgenfeier für die schon anwesenden Mitglieder. Der Festgottesdienst um halb 10 Uhr in der Kirche war gedrängt voll. Von 11—12 Uhr übten die Massenchor der Siedler zum Vortrag ein. Um halb 2 Uhr setzte sich der Festzug in Bewegung, der unter Vorantritt einer Musikkapelle in Stärke von 1000—1200 jungen Leuten durchs Städtlein auf die Festwiese zog. Dort mochten etwa 2000 Teilnehmer versammelt gewesen sein, die neben bis achtstündlicher Zahl der gesamten Einwohnerzahl. Die Veranstaltung im Freien war unterstellt dem großen Gedanten. Die neue Zeit und das kommende Gottesreich, was in dreifacher Behandlung durch Pfr. Müller, Bundessekretär Geugelin-Karlsruhe und Hauptlehrer Bischoff-Neubulach als Gauleiter dargeboten wurde.

Bad Teinach, 15. Juli. (Aus dem Kurleben.) Das renovierte Badhotel brachte eine neue Note ins Badleben. Zweimal wöchentlich finden dort jetzt Tanzveranstaltungen und Gesellschaftsabende statt, die auch von auswärtigen Gästen gerne besucht werden.

Bad Liebenzell, 15. Juli. (Der Reichsparlamentarier zu Besuch.) Mit dem Eintritt der Hauptreisezeit ist der Besuch unseres Bades sehr gestiegen und es gibt jetzt besetzte Häuser. Das Kurleben ist in vollem Gange und die Veranstaltungen der Kurverwaltung im Kurpark und in den schönen Kuranlagen finden allseitig Anklang. Die Kurkapelle unter der Leitung des Musikdirektors Andrejson, jazziert täglich. Dieser Tage hat Reichsparlamentarier, Staatsminister Dr. Saemisch, von Mannheim kommend, kurzen Aufenthalt in Bad Liebenzell genommen. Mit großem Interesse besichtigte er, von Bürgermeister Müllen geführt, den Kurpark, die Kuranlagen, die Bäder und den Leiseaal.

Feldennach, O.A. Neuenbürg, 14. Juli. (Hindenburg als Pate.) Auf Antrag des Bürgermeistersamts hat sich der Reichspräsident v. Hindenburg bereit erklärt, die Ehrenpatenschaft für den als zwölftes lebendes Kind geborenen siebten Sohn der Eheleute Karl Kieglinger und Emma, geb. Föhmler, zu übernehmen.

Höfen a. Enz, 15. Juli. Der 56jährige Fuhrmann Staiger der Fa. Fritz Keller, Calmbach, wurde gestern nachmittag, als er mit seinem Langholzfuhrwerk Höfen aufstrebte, etwa 500 Meter oberhalb Höfens von einem überholenden Möbellesterauto aus Herzogsweiler, O.A. Freudenstadt, angefahren und so schwer verletzt, daß er mit dem Krankenauto ins Bezirkskrankenhaus Neuenbürg eingeliefert werden mußte. Die erschreckten Pferde landeten mit dem Langholzwagen im Straßengraben, ohne Schaden zu nehmen.

Tailfingen, 14. Juli. Am Samstag wurde in der Neuwälder Straße in der Nähe des Gasthauses zum „Schlöble“ eine Kreuzotter erlegt. Spielende Kinder hatten das Reptil entdeckt. Hinzukommende Erwachsene machten es schnell unschädlich. Giftschlangen treten dieses Jahr sehr zahlreich auf.

Kupflingen, O.A. Spaichingen, 15. Juli. Die hier Ortsgruppe des Albrechts hat ihren Beschluß, eine Schuhhütte zu erbauen, zur Ausführung gebracht. Die Hütte, die für die Umgebung eine Fierde ist, wird manchem Wanderer und auch den Einheimischen ein willkommenes Obdach bieten. Am 26. Juli soll ihre Einweihung erfolgen.

Schwenningen a. N., 13. Juli. (Ein Riesenschuh.) Vom 18. bis 20. Juli versammelten sich hier die württembergischen Schuhmachermeister zu ihrem 17. Verbandstag. Anlaßlich dieser Tagung wird im Saalbau des Hotels zum „Röhl“ eine Warenausstellung für das Schuhmachergewerbe aufgemacht, bei welcher ein Riesenschuh von unerreichten Ausmaßen zu sehen sein wird. An dem Schuhgestell hat der Sport-Schuhmachermeister Joseph Schrott zu Oberdorf i. A. zusammen mit seinem ersten Gehilfen drei Wochen gearbeitet. Der Schuh mißt innen 3 Meter, außen 3,20 Meter. Die Sohle hat einen Umfang von 7,55 Meter. Die Höhe des Schuhs beträgt 1,72 Meter. Der niedliche Schuh wiegt mit dem Reißsen die Kleinigkeit von etwa 8 Zentnern. Der Schuhnebel ist 7,50 Meter lang. Zur Herstellung des Schuhs wurde das Leder von 18 halben Großviehhäuten, also von 9 Stück Großvieh, verwendet. Der Menschenriest, welchem die nette Schuhnummer 450 passen würde, müßte etwa 18 Meter hoch sein. Alte Märchen vom Menschenfresser und vom Siedenmenschenfresser werden beim Anblick dieses größten Schuhs der Welt lebendig.

Belsen O.A. Rottenburg, 15. Juli. (Schwerer Sturz.) Der Maurer Wilhelm Schniger fuhr mit dem Motorrad in Rötlingen einen Passanten an und stürzte. Er erlitt dabei einige Verletzungen im Gesicht und an den Händen. Sein Beifahrer, der 55jährige Fuhrmann Martin Raier von Belsen, wurde so unglücklich vom Rad geschleudert, daß infolge eines Schädelbruchs betäubungslos darniederlag.

Stuttgart, 15. Juli. (Das Solitude-Rennen.) Trotz der großen Zuschauerzahl von 70 000 hat das Solitude-Rennen die Unkosten von 45 000 RM. nur knapp eingekauft. Beinahe die Hälfte der Zuschauer zahlten keinen Eintritt. Ein großer Teil wies sich als arbeitslos aus, ein anderer konnte sich mit Erfolg trüben.

Rückkehr des Wirtschaftsministers. Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Raier ist, als er während seines Urlaubs tief im Gebirge von den Ereignissen in Deutschland Kenntnis erhielt, sogleich nach Stuttgart zurückgereist, um in diesen schweren Tagen aus seinem Posten zu sein.



Der unbekannte „Fahrgast“. Nachmittags wurden innerhalb sechs Minuten bei der Stuttgarter Droschkenzentrale am Hindenburgplatz telefonisch 13 Kraftdroschken bestellt. Die Wagen fuhren sofort ab. Am Ziel aber mußten die Chauffeure zu ihrem Erstaunen feststellen, daß kein einziger Fahrgast sie erwartete. Die Bestellungen waren fraglos. Die Droschkenzentrale hat eine Belohnung von 50 RM für den Ausgänger, der Angaben über die bestellende Person machen kann. Es handelt sich um eine Frauensperson.

Canstätt, 15. Juli. (Erstellung des Stadions.) In den nächsten 14 Tagen wird mit der Erstellung des Stadions zum Deutschen Turnfest auf dem Wägen nach den Plänen von Professor Konag begonnen werden, so daß bis zum Winter dieses Jahres die Hauptarbeiten mit Ausnahme der Hochbauten beendet sein werden.

Keutlingen, 15. Juli. (Festgabe.) Dem Gustav-Adolf-Bauwerk anlässlich seiner diesjährigen Zusammenkunft am 11. und 12. Juli in Keutlingen vom Gemeinderat eine Festgabe in Höhe von 2500 RM. bewilligt.

Göppingen, 15. Juli. (Ueberraschung.) Mittags wurde eine auf dem Weg von Hohenstaufen nach Göppingen befindliche Frau von einem jungen Menschen mitten im Wald überfallen. Der Missetäter wurde durch die Hilfskräfte der Frau und durch das Hinzukommen von Personen gestört und flüchtete. Abends wiederholte sich der gleiche Überfall. Ein von Göppingen nach Hohenstaufen unterwegs befindliches 17 Jahre altes Mädchen wurde vom Rad gejerrt, und zu Boden geworfen. Das Mädchen kämpfte mit dem Köhling und konnte um Hilfe rufen. Der Täter flüchtete in den Wald. Polizeistreifen führten zu keinem Erfolg.

Wiesingen O. U. A. 15. Juli. (Unglücksfall.) Bauunternehmer Bösch jr., der die Instandsetzung der Straße an der Hülbenener Steige übernommen hatte, wurde, als er an einem Steinwagen beschäftigt war, zwischen zwei Wagen gepreßt, so daß er mit schweren Kopfverletzungen ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden mußte.

Troßingen, 15. Juli. (Senkung der Umlage.) Bei der zweiten Lesung des Gemeindehaushaltsplans für das Jahr 1931 wurde die Umlage einstimmig auf 20 Prozent herabgesetzt gegenüber 22 Prozent im Vorjahre.

Handelshagen O. A. Niedlingen, 15. Juli. (Mord.) Am Dienstag früh wurde die ledige, bei Landwirt Gobs in Handelshagen bedienstete, 33 Jahre alte Anna Schütter aus Hohenstaufen mit durchschnittlicher Reife in der Küche in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Als Täter wurde der ältere Bruder ihres Dienstherrn, Anton Gobs, von der Ulmer Kriminalpolizei ermittelt. Die Tat wurde begangen, als das Ehepaar Wendelin Gobs auf dem Markt in Niedlingen war. Im Verlauf eines Streites drang er mit einem Messer auf das Mädchen ein und verletzte ihr zwei Stiche, von denen einer die Halsschlagader traf. Dann rief er das Opfer auf den Boden und führte einen weiteren, wahrscheinlich den tödlich wirkenden Stich aus.

Omaringen, 15. Juli. (Kassentrab.) Morgens drangen Diebe in das hiesige Gymnasium ein, raubten dort eine Kasse im Gewicht von etwa 65 Kilogramm und nahmen diese mit. Nachdem sie versucht hatten, sie zu öffnen, gingen sie damit auf den Bahnhof und stiegen in den ersten Zug ab. Einem Bahnbeamten kam die Sache verdächtig vor und er meldete sie sofort der Polizei. Als ein Schuhmann den Wagen betrat, flüchteten die Diebe auf der anderen Seite des Wagens über die Bahngleise, wobei sie den Kassenschrank stehen lassen mußten. Der Schuhmann verfolgte sie, leider ohne Erfolg. Die Diebe entkamen.

Sparmaßnahmen in Württemberg

Stuttgart, 15. Juli. Staatspräsident Dr. Bolls und Staatsrat Dr. Hegelmaier gaben in einer Pressekonferenz die außerordentlichen Sparmaßnahmen bekannt, die die württ. Regierung für die Planjahre 1931 und 1932 vorgesehen hat.

Staatspräsident Dr. Bolls berichtete über die Staatsfinanzen. Der im Januar dem Landtag vorgelegte Etat war völlig ungesichert. Während der Etatberatungen zeigte sich, daß auf der Einnahmeseite nicht unerhebliche Verschlechterungen zu erwarten sind, und zwar infolge des Rückganges der Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer und weitere Ausfälle bei den Reineinnahmen aus dem Wald. Bei der dritten Lesung des Etats mußte daher in den Etat ein Sammelposten von 8,2 Millionen Mark für 1931 und 6,5 Millionen Mark für 1932 einverleibt werden. Dieser Sammelposten ergab sich als der inwischen errechnete Einnahmefehl. Bei der dritten Lesung bestand keine Möglichkeit, diese Kosten auf die einzelnen Verwaltungen zu verteilen. Daher erbat und bekam die Regierung die Vollmacht, den neuen Adressat durch Abstriche im Etat auszugleichen. In der Zwischenzeit hat die Regierung versucht, den Ausgleich zu finden. Aber auch dieser Ausgleich bürgt die Unsicherheit in sich, doch voraussichtlich auch die angenommenen Fehlbeträge, die jetzt vereinzelt werden, nicht genügen, und ein noch viel größerer Fehlbetrag entsteht. Die Regierung ist daher gezwungen, zu weiteren Sparmaßnahmen zu greifen. Das Land und die Gemeinden müssen jetzt schon Vorarbeiten treffen, daß die gewollten Kürzungen, die für 1932 zu erwarten sind, ausgeglichen werden. Schon im Laufe des Herbstes will die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Staatsausgaben weiter zu verringern. Vergleichen mit anderen Ländern sind die württ. Finanzen immer noch nicht schlecht. Alle Etats werden ausgeglichen, auch der von 1930.

Staatsrat Dr. Hegelmaier machte dann nähere Mitteilungen über die einzelnen Deckungsvorschläge der Regierung. Er sprach von den durch die Notverordnung erfolgten Gehaltskürzungen, die für Württemberg im Jahre 1931 8,25 Millionen und im Jahr 1932 7,25 Millionen Ersparnisse bringen, beträgt der Adressat für 1931 immer noch 8,25 Millionen und für 1932 6,5 Millionen. Diese Summe ist zu decken. Das Staatsministerium hat nun den Etat, der für Titel genau durchgegangen und ist zu folgenden Ersparnisvorschlägen gekommen.

Bei den sachlichen und vermischten Ausgaben werden für beide Jahre je 3,9 Millionen eingespart. Bei den persönlichen Ausga-

ben betragen die Ersparnisse für Räumliche Beamte nur 500 000 Mark für beide Jahre. Wegen der wohlverordneten Rechte der Beamten sind weitere Kürzungen nicht möglich. Dagegen werden bei den nichtständigen Beamten eingespart im Jahr 1931 800 000 Mark und 1932 1,2 Millionen Mark. Dazu kommen noch einige Positionen besonderer Art. Durch diese Sparmaßnahmen ergibt sich der Ausgleich des Defizits von 8,25 Millionen für 1931 und 6,5 Millionen für 1932.

Personelle Kürzungen: Die Regierung ist beabsichtigt, das Verhältnis von 62 Prozent Personalausgaben und 38 Prozent Sachausgaben zugunsten der Sachausgaben zu ändern. Bei den planmäßigen Beamten konnten die Kürzungen infolge der wohlverordneten Rechte der Beamten nur wenig ergehen. Dagegen hat das Staatsministerium früher und jetzt folgende Verfügungen erlassen: 1. Jede erledigte Planstelle darf erst nach einem Vierteljahr wieder besetzt werden; 2. jede Verwaltung hat bei Freiwerden einer Stelle zu prüfen, ob die Wiederbesetzung überhaupt oder im letzten Augenblick geboten erscheint; 3. die in der letzten Zeit erfolgte Behebung von Beamtenstellen wird beim Freiwerden der Stelle zum großen Teil wieder rückgängig gemacht. So werden insgesamt 333 Planstellen gesenkt werden. Größere Ersparnisse können nur bei den unfähigen Beamten gemacht werden, doch ist hier die Änderung des Besoldungsgesetzes notwendig. Unter Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte plant die Regierung folgendes: Die Gehaltskürzungen bei den mittleren Beamten sind beschränkt auf die Gruppen 8-10, also auf die Gruppen der mittleren und höheren Beamten. Beamtenanwärter auf Gruppen 11-19 sind von der mittl. Sonderkürzung von vornherein freigestellt. Die Kürzungen sollen betragen von 8-15 Prozent Beamtenanwärter, die schon verbeiratet sind, bleiben von den Kürzungen ebenfalls frei. Auch bei den Beamtenanwärtern werden die Hundertfüße von 6-15 Prozent gekürzt (bei den Vermessungstechnikern 5 Prozent). Die niederen Gruppen und die Verbeirateten bleiben ebenfalls frei. So ergeben sich Einsparungen bei den unfähigen Beamten: 800 000 Mark für 1931 und 1,2 Millionen für 1932.

Sachliche Kürzungen: Die Gesamtsumme der sachlichen Kürzungen beträgt 3,9 Millionen; durchschnittlich etwa 10 Prozent. Die Einsparungen sind überall hart und schwer, aber zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt dringender notwendig.

Mit der von der Regierung vorgezeichneten Aufhebung des Landgerichts Hüll und der Amtsgerichte Spoisheim und Weisheim will die Regierung den ersten Schritt zur Vereinfachung der Staatsverwaltung machen. Die Aufhebung des Landgerichts Hüll war, wie Staatsrat Dr. Hegelmaier mitteilte, schon lange geplant. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten ist nun die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf 800 Mark erhöht worden, wodurch sich ergab, daß die Zivilabteilung des Landgerichts Hüll noch weniger als bisher beschäftigt ist. Die Amtsgerichte Spoisheim und Weisheim sind ebenfalls abbaufähig. Die Ersparnisse bei der Aufhebung dieser Gerichte sind allerdings nicht sehr groß. Sie betragen bei Hüll 60 000 Mark jährlich und bei den beiden Amtsgerichten zusammen 22 000 Mark. Dazu kommen aber Ersparnisse im Bauaufwand. Die Aufhebung dieser drei Gerichte ist auf 1. Januar 1932 vorgesehen. Außerdem schlägt die Regierung vor, das Amtsgericht Scherndorf vom Landgerichtsbezirk Ellwangen zu lösen und dem Landgerichtsbezirk Stuttgart zuzuteilen.

Zur Frage der Erhaltung der württ. Landestheater in Stuttgart machte Staatspräsident Dr. Bolls folgende Mitteilung: Die Bestrebungen der Regierung, größere Einsparungen beim Landestheater zu machen, scheitern zur Zeit daran, daß die Regierung noch durch Verträge gebunden ist. Die Ausgaben liegen fest, während die Einnahmen schwanken und bedeutend zurückgehen. Im Jahr 1930 war das Defizit der Landestheater um 200 000 Mark größer als im Etat angenommen. Es ist damit zu rechnen, daß der Theaterzuschuß für Staat und Stadt Stuttgart in diesem Jahr etwa 2 Millionen Mark ausmachen wird. Da erhebt sich die Frage, ob man in einer solchen Notzeit, in der sonst leicht sachlich und persönlich Einschränkungen gemacht werden müßten, so zu verantworten ist, mit einem jährlichen Defizit von 2 Millionen Mark weiter Theater zu spielen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt: Entweder dienen oder brechen.

Das nächste Jahr wird uns einfach zwingen, eine Änderung vorzunehmen. Wenn die Theaterleitung nicht mit dem Personal zusammen einen Ausweg findet, dann bleibt nichts anderes übrig, als mit der Schließung der Oper anzufangen. Das bringt zwar auch große Lasten, weil die Verträge mit dem Personal gehalten werden müssen. Die Frage ist sehr ernst, die Regierung sucht auch Wege, das Theater durchzuhalten. Wenn aber das Theaterpersonal gar kein Entgegenkommen zeigt, sondern sich auf die Verträge verleiht, dann ist der Staat gezwungen, die Oper zu schließen.

Zum Tode Friedrich von Bayer

Stuttgart, 14. Juli. Friedrich von Bayer, der im Alter von 84 Jahren verschieden ist, war der 1. Vizekanzler der parlamentarischen Regierung in Deutschland unter dem alten System. Bei Einführung der parlamentarischen Regierung wurde er unter Reichskanzler Treibner von Villingen Vizekanzler und verließ dieses Amt bis zum Zusammenbruch, auch noch in der Zeit unter Prinz Max von Baden. Er gehörte dann noch der Nationalversammlung an, nach deren Auflösung er sich vom politischen Leben zurückzog. Den politischen Sorgen folgte er aber mit größter Aufmerksamkeit bis zu seiner letzten Stunde. Er starb nach 134-tägigem Krankenlager an Lungentuberkulose.

Friedrich v. Bayer ist am 12. Juni 1847 in Tübingen als Sohn des Universitätsprofessors geboren, studierte Jurisprudenz, war in Stuttgart von 1871 bis 1893 als Rechtsanwalt tätig. 1894 wurde er als Vertreter der Stadt Keutlingen erstmals in die Zweite Kammer gewählt. Sofort bei ihrem Zusammentritt wählte diese ihn zu ihrem Präsidenten. Bis zu seinem Ausscheiden aus der Zweiten württ. Kammer im Jahre 1912 hatte Bayer 18 Jahre lang ohne Unterbrechung das Präsidentenamt inne. Dem Reichstag gehörte Geheimrat v. Bayer an von 1877 bis 1878, von 1880 bis 1887 und von 1890 bis 1918.

Größes Aufsehen erreichte im Januar 1930 sein Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei, weil die württembergischen Demokraten gegen seinen Rat in die Regierung Bols-Balle eintrat. Mit von Bayer ist der letzte schwäbische Demokrat dahingegangen aus der Zeit Kaiser, Friedrich und Konrad Haubmann.

Die Feuerbestattung von Geheimrat v. Bayer findet am Freitag vormittag 11 Uhr auf dem Grafriedhof in Stuttgart statt. Der frühere Staatspräsident Dr. v. Hieber, der mit Friedrich Bayer persönlich befreundet war, wird die Gedächtnisrede halten.

Beileid des Reichskanzlers zum Tode Bayerns

Reichskanzler Dr. Brüning hat an die Gattin des verstorbenen ehemaligen Vizekanzlers von Bayer folgendes Beileidstelegramm geschickt:

„Mit tiefer Trauer hat mich die Nachricht von dem Ableben Ihres Herrn Gemahls erreicht. Im eigenen Namen und namens der Reichsregierung spreche ich zu dem schweren Verlust meine aufrichtigste Teilnahme aus. Erselens von Bayer hat auf verantwortungsvollen Posten in schwerer Zeit Reich und engerer Heimat große Dienste geleistet, die ihm ein dauerndes dankbares Gedächtnis im Herzen des Volkes sichern. Möge der Allmächtige Ihnen und Ihren Angehörigen Trost in Ihrem Leid spenden.“

Das Staatsministerium hat der Witwe des verstorbenen Vizekanzlers a. D. v. Bayer im Namen der württ. Staatsregierung das herzlichste Beileid ausgesprochen und dessen große Verdienste in seinem Schreben besonders hervorgehoben.

Kurmark

Freitag, 17. Juli: 6 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16.30 Uhr Konzert, 18 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.15 Uhr v. Seeger erzählt „Aus dem Leben der Lappen“, 18.45 Uhr Der Senior beanstandet... 19.10 Uhr Zeit, 19.15 Uhr Aertstovortrag: Brustschmerzen als Ursache für Lungen- und Herzleiden, 19.45 Uhr Bunte Stunde, 20.30 Uhr Osteuropäische Musik, 21.45 Uhr Alte und neuere russische Kirchenlieder, 22.15 Uhr Nachrichten, Wetter, Sportbericht, 22.35 Uhr Tanzmusik.

KURMARK CIGARETTEN

Garbáhy KURMARK

Jetzt wieder 5 p. Stück.

Neu! Alle sammeln jetzt die Kurmark-Sportwappen „FUSSBALL“ Neu!



Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Produktenbörse vom 15. Juli. Weizen märk. 250 bis 251, Roggen märk. 185-190, Wintererste 152-160, Haber märk. 160-165, Weizenmehl 30.75-36.75, Roggenmehl 26.75-29.50, Weizenkleie 12.50-12.75, Roggenkleie 11.25-11.50, Viktoriaerbsen 25-31, Futtererbsen 19-21. Allgemeine Tendenz: still.

Milch- und Käsebörsen vom 15. Juli. Molkebutter 111-117, Verkauf: Gute Nachfrage, Qualitätsnachfrage noch Statistik der Vormwoche 8,6 Pfa.; Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt 24-27 (grüne Ware) 24-27, Verkauf: freundlich; Käse Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 1. Sorte 97-104, 2. Sorte 93-98, 3. Sorte 88-92, Verkauf: unverändert. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Schweinepreise. Aalen: Milchschweine 10-17M. — Ludwigsburg: Milchschweine 13-23 Mark.

Fruchtpreise. Aalen: Kernen 10.20, Weizen 14.50-16, Weizen 11.80, Roggen 11.70-12, Wintererste 11.80-13, Haber 11.20 bis 11.70 M. — Heidenheim: Kernen 15-15.20, Haber 10.40 bis 11.50 M. — Riedlingen: Haber 11 Mark.

Starke Devisenrückläufe bei der Reichsbank

Berlin, 15. Juli. Die verschärfte Kreditrestriktion der Reichsbank hat auch zu einem wirksamen Druck auf die Devisenmärkte von Banken und Wirtschaft geführt. Wie der „DSD.“ hört, konnte die Reichsbank seit Montag, 13. Juli, Devisenzugänge von etwa 50 bis 60 Millionen buchen.

Letzte Nachrichten

England für die Einberufung einer Ministerkonferenz in London

London, 16. Juli. Die britische Regierung hat sich nunmehr — wie Reuters meldet — dahin entschieden, daß die sofortige Einberufung einer Ministerkonferenz, wie sie z. B. der Einladung des Sachverständigenausschusses über die technischen Einzelheiten des Hooverplanes vorgegeben war, notwendig ist. Es wird gewünscht, daß diese Ministerkonferenz am 20. Juli in London zusammentritt. Macdonald und Henderson werden zu dieser Zeit zur Ministerkonferenz

aus Berlin zurückgekehrt sein. Einladungen werden ergehen.

Staatsaufsicht über Privatwirtschaft?

Berlin, 16. Juli. Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß von der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen erwogen und vorbereitet werden, die darauf abzielen, wichtige Zweige der Privatwirtschaft in die Einflusssphäre der staatlichen Gewalt einzubeziehen und sie durch besondere Kommissare staatlicher Aufsicht zu unterstellen. Wir registrieren diese Meldung der „Vossischen Zeitung“, weisen aber darauf hin, daß eine Stellungnahme zu dieser Nachricht von berufener Seite noch nicht zu erhalten war.

Die neuen Notverordnungen in der Berliner Presse

Berlin, 16. Juli. Die neuen Notverordnungen der Reichsregierung zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden von den Berliner Blättern ihrer Bedeutung entsprechend in großer Aufmerksamkeit veröffentlicht und mit z. T. sehr eingehenden Erläuterungen über Sinn und Wirkungsweise versehen.

Abgesehen von der „Deutschen Zeitung“, die in längeren Ausführungen den Wert der Verordnungen bezweifelt und insbesondere die Diskontmaßnahmen der Reichsbank als Erdbeben der deutschen Wirtschaft charakterisiert, bringt kaum eine Zeitung eine kritische Würdigung der Notverordnungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist auf die großen Schwierigkeiten der weiteren Abwicklung hin, und richtet an alle den Appell, daß heute und morgen jeder dem anderen in seiner Notlage aus helfe.

Die „Berliner Börsenzeitung“ schreibt, es handele sich jetzt darum, daß endlich etwas geschehen ist, um der Krise Herr zu werden und überzuleiten zu geordneten Kreditverhältnissen die die Grundlage für die Erziehung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes bilde. Wenn man auch in vielen Einzelheiten an dem, was geschehen ist, Kritik üben könne, so müsse diese Kritik hinter den Grundsatz der Unterordnung unter eine Führung, die endlich die Initiative ergreife, zurücktreten.

Naturnotwendiges Wetter für Freitag

Von Nordwesten ist eine Depression auf das Festland vorgedrungen. Für Freitag ist mehrfach bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: Ludwig Lauf

Der „Vorwärts“ knüpft an eine Erläuterung der Notverordnungen den Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verständigung, die aber nur so möglich sei, daß man sich gegenseitig entgegenkommt; wer in dringender Not auf Suche nach Anleihen gehe, dürfe nicht von vornherein eine Haltung einnehmen, die jedes Entgegenkommen von seiner Seite ausschließe.

Zur Herabsetzung der Notbedeckungsgrenze

Berlin, 15. Juli. In Sachverständigenkreisen mißt man der Herabsetzung der Deckungsgrenze, die von der Reichsbank vorgenommen werden mußte, keine allzugroße Bedeutung bei. Man verweist darauf, daß die gesetzliche Deckungsgrenze von 40 Prozent im Vergleich zu der von 30 Prozent vor dem Kriege und der anderen Länder, die Deckungsgrenzen bis zu 24 Prozent haben, sehr hoch ist. Bei aller Anerkennung des Geldes als Generalbedeuge und als Wertmesser zwischen den verschiedenen Währungen ist man der Auffassung, daß die Stabilität einer Währung in erster Linie darauf beruht, daß ordnungsmäßiges Wechselmaterial eingereicht und nicht mehr Geld in den Verkehr gebracht wird, als dieser braucht. Der Zahlungsmittelumsatz muß eben unbedingt in der Hand der Reichsbank als der Hüterin der Währung bleiben.

Regelung der Reparationszahlungen im Hooverseierjahr

Berlin, 15. Juli. Die deutsche Regierung hat am heutigen Tage, den 15. Juli 1931, an die V. J. von der monatlichen Rate der Reparationsverpflichtungen nur den unauflösbaren Teil der Annuität gezahlt, der auch die Monatsrate des Anleihebedienstes der Younganleihe enthält. Den Monatsanteil des Anleihebedienstes der Dawesanleihe hatte die deutsche Regierung bereits zu Anfang des Monats gezahlt. Die V. J. hat der deutschen Regierung bezw. der Deutschen Reichsbahngesellschaft Zug um Zug gegen die Zahlung eines entsprechenden Betrags zurückerstattet. Damit ist die erste fällige Reparationszahlung im Feiertagsjahr im Sinne des Hooverplanes geregelt worden.

Seiner Frau den Kopf abgehakt

Gleiwitz, 15. Juli. Heute mittag tötete der 51 Jahre alte arbeitslose Drahtzieher Hajos in seiner Wohnung seine 64 Jahre alte Ehefrau, indem er ihr durch fünf bis sechs Arthiebe den Kopf abhieb. Er stellte sich dann der Polizei. Der Täter macht über die Beweggründe zu seiner Tat verworrene Angaben und hat sie offenbar in einem Anfall geistiger Unnachtung ausgeführt. Hajos wurde in das Polizeigefängnis gebracht.

Ämtliche Bekanntmachungen Obstbau.

Die Landwirtschaftskammer kann für neue Obstanlagen noch einen kleineren Restbetrag der Reichsbeiträge an Landwirte verteilen. Etwalge Gesuche um Gewährung von Beihilfen sind bis spätestens 25. ds. Mts. bei Oberamtsbaumwart Walz in Altensteig einzureichen, der auf Wunsch die bestehenden Bedingungen bekannt gibt und Vordrucke für Gesuchsteller verteilt.

Ragold, den 13. Juli 1931.

Oberamt:
Saitinger.

Altensteig-Stadt



Freiwillige Feuerwehr.

Am Montag, den 20. Juli rücken
familtliche

4 Kompanien zur Übung aus.

Antreten präzis abends 7 Uhr. Unentschuldigtes Ausbleiben oder ungenügende Entschuldigung wird bestraft.

Den 16. Juli 1931.

Das Kommando.

Altensteig.

Voranzeige!

Mein
Saison-Ausverkauf
auf Glas, Porzellan und
Steingut
mit 10 Prozent Rabatt
beginnt am 18. Juli

Chr. Burghard Jr.

Modezeitungen!

Wäsche- und Handarbeitszeitungen
Handarbeits-Sonderhefte

empfiehlt in sehr großer Auswahl die

W. Nieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Altensteig, 16. Juli 1931

Todes-Anzeige.



Gott dem Herrn über Leben und
Tod hat es gefallen, meinen lieben Mann
und treubesorgten Vater

Emil Edelmann

von seinem in Geduld getragenen
Leiden im Alter von 50 Jahren zur
Ruhe des Volkes Gottes heimzuholen.

Um stille Teilnahme bittet
die tiefgebeugte Gattin Julie Edelmann
mit ihrem Sohn Oskar.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr
auf dem Waldfriedhof.

Sofstett, den 15. Juli 1931.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei der Krankheit und dem Hinscheiden unseres
lieben Gatten und Vaters

Friedrich Mast

Unwalt

Sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer,
den erhebenden Gesang des Kirchenchors Neu-
weiler, die Kranzniederlegung des Gemeinderats
durch Herrn Bürgermeister Mast von Neuweiler,
die vielen Kranzspenden und die überaus zahl-
reiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen
herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Morgen Freitag, den 17. Juli

fällt meine Sprechstunde aus
Dr. Vogel.

Achtung!

Bringe mein
Dampfbettfedernreinigungsgelösch
bei der Turnhalle in empfehlende Erinnerung.
Anmeldungen erwünscht
Ernst Haas, Mech.

Lauffener Kartoffeln

Zentner M. 8.—

empfiehlt

Heinrich Walz
Altensteig, Telefon 116.

Garrweiler.

Eine 38 Wochen trüchtige



hat zu verkaufen
Joh. Georg Waibelich.

Briefhüllen

liefert rasch und billig die
W. Nieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

KAFFEE HAD SCHONT



Lorenz Luz jr.
Altensteig.

Bringe am Freitag von
9 Uhr ab größeren Posten
prima

Lauffener Kartoffeln
per Zentner M. 7.—

sonst

allerlei Gemüse
Kirschen und Obst
auf den Marktplatz
Frau Rech.

Butterpergamentpapier empfiehlt die
W. Nieker'sche
Buchhandlung.

